Das jungliberale Magazin für Baden-Württemberg | Ausgabe 02/2018

Juliette

Bildungspolitik am Scheideweg

Friedrich Naumann STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

IMPRESSUM

Redaktion
Sebastian Witte

Gestaltung, Satz, V.i.S.d.P.
Marvin Ruder

Herausgeber
Marvin Ruder
Junge Liberale Baden-Württemberg e.V.
Rosensteinstraße 22
70191 Stuttgart

Druck
DIVYANAND Verlags-GmbH, Herrischried

Auflage und Bezug
1.750 Stück im Vertrieb kostenfrei an die Mitglieder, Interessenten und Unterstützer der Jungen Liberalen Baden-Württemberg sowie an Mandatsträger der Freien Demokraten

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Verbandes oder der Redaktion wieder. Satzfehler und Irrtümer vorbehalten. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt zugesandtes Material.

IN DIESER AUSGABE

Blick auf die Bildungspolitik in Baden-Württemberg 4
Dr. Timm Kern

Face-Off zur Bildungspolitik 6
Niklas Kornel, Shayan Khazari

Das Abitur – die Lizenz zum Studieren? 8
Johannes A. Dallheimer

Ein „Bürgerrecht auf Bildung" in der Hochschule 10
Kira Scholler

Mut zu einer neuen Bildungspolitik 12
Dr. Jens Brandenburg MdB

Chancen und Risiken der Digitalisierung im Bereich der Bildung 14
Prof. Dr. Manfred Spitzer

Ein Nachtrag zum Thema Kommunalpolitik 16
Elias Moll

Einladung zum 74. Landeskongress 17
Tagesordnung 18
Satzungsänderungsanträge 19

Termine 20

Liebe JuLis,
liebe Leserinnen und Leser,

das Politikfeld Bildung zählt zweifelsohne zu den wichtigsten politischen Betätigungsfeldern überhaupt. Bildung ebnet den Weg in ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit, Wohlstand und Frieden. Gerade wir junge Menschen, die entweder noch zur Schule gehen bzw. eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren, erleben jeden Tag die Auswirkungen bildungspolitischer Maßnahmen. Das Schul- und Ausbildungssystem in Deutschland bietet zwar vieles, dennoch spüren wir alltäglich, dass das System reformiert werden muss, damit wir auch den zukünftigen Herausforderungen selbstbewusst begegnen können. Die Gastautoren dieser Ausgabe werden euch nicht nur einen Überblick über die vielfältigen bildungspolitischen Baustellen geben, sondern auch konkrete Reformvorschläge unterbreiten.
In diesem Sinne wünsche ich eine tolle Lektüre!

Sebastian Witte ist ehemaliger Chefredakteur der Juliette

Ein Blick auf die Bildungspolitik in Baden-Württemberg

Bildung befähigt den Menschen, auch in einer komplexen Umwelt möglichst selbstbestimmt seinen Weg zu gehen. Bildung ist die grundlegende Chance zur individuellen Emanzipation und zum sozialen Aufstieg. Deshalb ist Bildung für mich die entscheidende soziale Frage: Mit ihren unverwechselbaren Talenten und Interessen stelle ich die Menschen in den Mittelpunkt politischer Arbeit.

Weil ein positives Menschenbild Grundlage meiner Überlegungen ist, bleibt weltbeste Bildung für mich als Freier Demokrat das entscheidende Ziel, um die Bundesrepublik für das digitale Zeitalter fit zu machen. Dabei gibt es keine Bildungsbiographien erster und zweiter Klasse. Von der Kita bis zur Volkshochschule, von der Universität über die Beruflichen Schulen: Freien Demokraten geht es um ein vielfältiges Bildungsangebot — so vielfältig wie die Interessen, Begabungen und Motivationen der Bürgerinnen und Bürger.

Die Fraktionen der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag und im Landtag von Baden-Württemberg dokumentieren im Gegensatz zu den politischen Wettbewerbern mit bildungspolitischen Initiativen einen grundsätzlichen Fortschrittsoptimismus.

Für die Kraftanstrengung „weltbeste Bildung“ braucht es die fiskalischen Möglichkeiten des Bundes. Über einen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern will die FDP ausreichend Ressourcen sicherstellen.

Damit jedes Kind sein Ziel erreichen kann, braucht es statt ideologischer Vereinheitlichung ein vielfältiges, leistungsorientiertes Bildungsangebot. Ich will die „passende Schule für jedes Kind“ und eben nicht die „eine Schule für alle“. Deshalb ist ein Schulfrieden, der über Legislaturperioden hinausreicht und dadurch Verlässlichkeit schafft, dringend notwendig. Es muss Schluss sein, dass nach jeder Landtagswahl bildungspolitische Säue durch das Dorf getrieben werden und die Menschen vor Ort nicht wissen, welche Schulformen Zukunft haben und welche möglicherweise vor der Existenzfrage stehen, wie das aktuell beispielsweise vielen Werkrealschulen in Baden-Württemberg ergeht. Nach meinen Vorstellungen soll vor Ort in eigener Verantwortung über das jeweilige Bildungsangebot entschieden werden. Das Land stellt hierfür in ausreichendem Maße die Ressourcen zur Verfügung. Dabei kann allerdings die Lösung der aktuellen massiven Qualitätsprobleme nicht in faulen, grün-schwarzen Komplementär-Kompromissen liegen, die die bildungspolitischen Konflikte innerhalb der Landesregierung nicht auflösen, sondern nur in den nächsten Wahlkampf vertagen. CDU und Grüne betreiben in Baden-Württemberg aktuell eine Bildungspolitik des kleinsten gemeinsamen Nenners und erlauben sich beispielsweise bei der lang angekündigten digitalen Bildungsplattform „ella“ zu viele Pannen.

Guter Unterricht kann natürlich nur der sein, der überhaupt stattfindet.

Aktuell sind Unterrichtsausfall und Lehrermangel an der Tagesordnung, genaue Zahlen darüber sind dabei Mangelware. Um die Schulen personell besser auszustatten, ist in einem ersten Schritt eine fundierte Erhebung des Bedarfs an tatsächlichen Lehrerstellen nötig. Durch die Erfassung des tatsächlichen Unterrichtsausfalls, wie etwa in Hessen praktiziert, soll die Unterrichtsversorgung transparenter organisiert und die Geld- und Personalmittel zielgerichteter zugeteilt werden. Jede Schule soll mit einem auskömmlichen Budget an Lehrerstellen und Geldmitteln zur eigenständigen Bewirtschaftung ausgestattet werden. Damit sich das Lehrpersonal auch auf den Unterricht konzentrieren kann, muss außerdem die überbordende Bürokratie an Schulen spürbar eingeschränkt werden. Darauf zielt der FDP-Vorschlag von Schulverwaltungsassistenten.

Bei Ganztagesschule und Inklusion fordere ich Wahlfreiheit und keine von oben verordneten Zwangsveranstaltungen. Die Digitalisierung eröffnet großartige Möglichkeiten für weltbeste Bildung: für individuelles Lernen gemäß den eigenen Bedürfnissen und Talenten. Für neue Methoden, die zu den unterschiedlichsten Lebensentwürfen passen. Für eine neue Qualität von Bildung. Aber allein die technische Aufrüstung unserer Schulen erfordert eine finanzielle Kraftanstrengung. Damit an unseren Schulen nicht die Pause das Digitalste ist, sollen pro Schüler zusätzlich insgesamt 1.000 Euro für Technik und Modernisierung investiert werden. Lebenslanges Lernen muss von Lehrern gelebt werden: konsequente Aus- und Weiterbildung ist Kernbestandteil der liberalen Digitalstrategie. In den Schulen müssen junge Menschen befähigt werden, auf der Basis fundierten Fachwissens aus der Informationsflut die Spreu vom Weizen zu trennen und Quellen kritisch hinterfragen zu können. Dazu gehört von Kindesbeinen an die Vermittlung von Medien- und Methodenkompetenz zum Bildungsauftrag.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung will ich Betreuungsgutscheine einführen, die unabhängig von der Betreuungsform eingelöst werden können. Das garantiert Wahlfreiheit und leistet einen wirksamen Beitrag zur Qualitätssicherung im frühkindlichen Bereich.

Christian Lindner hat Recht, wenn er in seinem Buch „Schattenjahre“ schreibt: „Alle Chancen unserer Gesellschaft bleiben nur abstrakte Versprechen, wenn der Einzelne nicht über den kulturellen Horizont und die Qualifikation verfügt, sie zu ergreifen… Ein Deutschland, das wirtschaftlich stark und gesellschaftlich frei bleiben will, muss genau das wieder tun: Bildung ins Zentrum der Politik stellen.“

Daran arbeite ich mit der Landtagsfraktion der Freien Demokraten in Baden-Württemberg jeden Tag.

Dr. Timm Kern MdL ist bildungspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

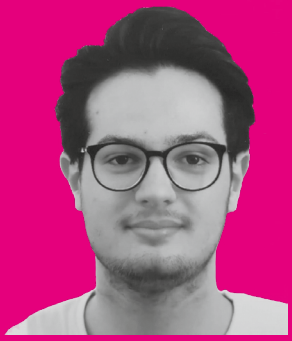
Bildungs
überparteili

Niklas Kornel ist Kreisvorsitzender der JuLis Ravensburg/Bodensee

Bildung ist eines der Lieblingswörter der Politik. Es geht schließlich um nichts Geringeres als die Zukunft der Gesellschaft. So ändert gerne jede Landesregierung mal schnell ein paar Elemente, wenn sie neu im Amt ist – von der Grundschule bis zum Abitur. Mit Bildungspolitik kann man sich profilieren. Aber die wenigsten beginnen sich scheinbar darüber Gedanken zu machen, welche Folgen die einzelnen Veränderungen sowie die Veränderungswut an sich mit sich bringen und wer die Leidtragenden sind. Eines der besten Beispiele der aktuellen Bildungspolitik ist die Abschaffung des graphischen Taschenrechners im Fach Mathematik. Die aktuelle Bildungsministerin hat einen Konflikt gescheut und stattdessen den Bildungsplan um Jahre zurückversetzt. Und dazu kommt der teilweise noch desolate Zustand einer Schule, deren Technik zwischen den 60ern und dem Anfang der 2000er von Raum zu Raum pendelt. Zwar bekommt meine Schule, die ich hier zuvor beschrieben habe, für das nächste Schuljahr einiges an neuer Ausstattung, aber das musste von der Stadt Friedrichshafen initiiert werden und ist somit offensichtlich von Schule zu Schule, von Kommune zu Kommune anders. Das spricht nicht gerade für Bildungsgleichheit und schreit nach einer Veränderung der Organisationsstruktur in der Bildungspolitik. Bildung muss eine Bundessache werden, mit einem klaren Bundesbudget für die einzelnen Schulen, das anhand von Parametern wie Gebäudegröße, Schüleranzahl und Ähnlichem bemessen wird. So darf die Ausstattung der Schulen nicht weiter mit der Finanzkraft der jeweiligen Kommune zusammenhängen. Auch scheint mir die Argumentation der Gegner eines Zentralabiturs traurig, wenn sie sagen, so würde sich alles dem schlechtesten Niveau anpassen. Nun, das passiert nicht, wenn man definiert, was das eigentliche Ziel unserer Bildungspolitik sein soll und worauf Schüler in den unterschiedlichen Schularten vorbereitet werden sollen. Daraus ergibt sich das definierte Niveau eines gesamtdeutschen Abschlusses.

Aber die Fächer- und Stoffwahl sollte zeitgemäß sein, denn Wirtschaft, Technik, Informatik und der Umgang mit Medien müssen stärker im Stundenplan der Schüler vertreten sein. Doch wie genau ein Bildungsplan aussehen und mit welchen Methoden gearbeitet werden soll/muss, benötigt wissenschaftliche Grundlagen und keine Parteipolitik. Denn eben die dauernden Veränderungen sind das wohl Schlimmste für Schüler, Lehrer und Eltern. Bildungspolitik sollte von einem Parlamentarischen Rat gemacht werden, in welchem alle Parteien zusammensitzen und sich dort direkt mit Spezialisten austauschen können. Nur so erreichen wir eine nachhaltige und unabhängige Bildungspolitik.

politik im
ichen Fokus



Shayan Kharazi ist Sprecher der Grünen Jugend Ravensburg/ Friedrichshafen

Zukunft. Wenn man von Bildung spricht, spricht man von Zukunft. Der zukünftigen Generation, der Zukunft Deutschlands, einer Zukunftsinvestition, die weder vernachlässigt werden kann, noch vernachlässigt werden darf. Daher ist es wichtig, in die Zukunft zu blicken, zu betrachten wohin sich die Gesellschaft entwickelt, zu betrachten wohin sich das Land entwickelt. Es bedeutet für den Bund und die Länder, dort zu investieren, wo Lücken sind. Wo man feststellt, dass es an Ressourcen fehlt, um die Kinder und Jugend von heute auf das Leben von morgen vorzubereiten, indem man Kindern und Jugendlichen das beibringt, was relevant sein wird, nicht, was relevant war. Und das im Idealfall bereits im Kindergarten, in der Grundschule und spätestens auf der weiterführenden Schule. Die stetig schneller voranschreitende Veränderung der Gesellschaft stellt dabei insofern eine Herausforderung für Politiker und Pädagogen dar, als dass es für sie immer schwerer wird vorauszusagen, wie die Gesellschaft von morgen sich entwickelt, was es schwerer macht, die Schüler auf die Zukunft vorzubereiten.

In den letzten Jahren ist Deutschland diverser geworden. Es sind mehr Menschen aus mehr fremden Ländern nach Deutschland gekommen. Familien mit Kindern. Und das bedeutet auch, dass es mehr Kinder in Deutschland gibt, deren Muttersprache nicht Deutsch ist und deren Eltern nicht Deutsch sprechen. Und dann wird es zur Aufgabe der Schulen und der Lehrer, mit dieser Heterogenität, der Integration und deren Auftrag den Kindern Sprache und Wissen im Allgemeinen zu vermitteln. Obwohl es die Kultusministerien und Politiker sind, die verantwortlich sind für die Bildungspolitik, versäumt haben die Lehrer und Lehrerinnen, auf diese absehbare Entwicklung hin zu einer diverseren Gesellschaft vorzubereiten.

Eine weitere Aufgabe der Länder und des Bundes sollte sein, sich dafür einzusetzen, dass es eine faire Bildungschance für alle gibt, unabhängig ihrer Herkunft. Was derzeit nicht der Fall ist! Das bedeutet, dass das Individuum unabhängig von der Situation in der Familie und unabhängig von seiner oder ihrer Herkunft die Möglichkeit erhält, sich optimal zu entfalten und seine oder ihre Talente kennen zu lernen und zu nutzen. Würde man dies mit einer Erziehung hin zur Kreativität und Eigenverantwortung kombinieren, würde man Kinder und Jugendliche schon von Anfang an dazu erziehen, kritisch zu hinterfragen, um die Ecke zu denken und innovative Ideen zu bevorzugen, anstatt den Status quo einfach so hinzunehmen.

Das Abitur – die Lizenz zum Studieren?

Neulich hatte ich mich mit einigen Freunden über unsere Abizeit unterhalten. Darüber, dass wir wirklich dachten, das Lernen wäre nach dem Abitur vorbei. Dass wir glaubten, dass der stressigste Teil des Lebens nun geschafft wäre. Oder das Studium nur eine einzige Party wäre. Nun, im Nachhinein mussten wir unsere Aussagen leicht korrigieren. So weit, so gut. Doch es bot sich damit gleichzeitig die Gelegenheit, überhaupt einmal über das Thema Abitur nachzudenken. Ist das Abitur als Hochschulzugangsberechtigung überhaupt noch zeitgemäß?

Klar ist, dass sich das deutsche Hochschul- und Bildungssystem im Umbruch befindet, nicht nur in Baden-Württemberg. Studienpioniere, also Studierende, deren Eltern keine Akademiker sind, strömen an die Hochschulen; auch viele Studienanfänger ohne allgemeine Hochschulreife kommen an unsere Universitäten. Als Liberaler empfinde ich das als eine gute Nachricht, denn seit jeher setzen wir uns dafür ein, dass unser deutsches Bildungssystem durchlässiger wird und jeder Mensch die Möglichkeit haben sollte, seine Ziele zu erreichen. Ein Hauptschulabschluss darf keine Endstation sein, wenn der Wille besteht, Universitätsprofessor zu werden. Und das ist die Krux. Gerade hier in Deutschland ist man oft zu abschlussfixiert, sodass ein Abitur und ein anschließendes Studium als der einzig heiligmachende Weg erscheint. Dass das die Ausbildung abwertet und zu einer Art zweite Wahl degradiert, nehmen wir dabei billigend in Kauf. Doch es muss uns Liberalen darum gehen, dass wir die Talente in jedem Kind entdecken und es optimal auf seine Fähigkeiten vorbereiten. Flügel heben, metaphorisch gesagt.

Mit dieser Erkenntnis muss man nun auch an das Abitur ran. Wie kann überhaupt ein Abschluss eine Hochschulzugangsberechtigung sein, wenn es sechzehn unterschiedliche davon gibt, teils mit erheblichen Qualitätsunterschieden? Gibt es überhaupt eine wirkliche Anrechenbarkeit oder lähmt sich Deutschland nicht eher selbst durch den Bildungsföderalismus? Was sagt das über unsere Politik aus, wenn es der Bund nicht einmal schafft, bundesweit Gelder zu verteilen und das Kooperationsverbot abschafft? Natürlich finde ich Wettbewerb gut, doch dieser muss entstehen zwischen den Bildungskonzepten, nicht zwischen willkürlichen Landesgrenzen. Schon heute beschweren sich viele Professoren über die unterschiedlichen mitgebrachten Kenntnisse aus der Schule. Für die einen muss im BWL-Studiengang wieder beim Bruchrechnen angefangen werden, die anderen lösen im Schlaf Integrale. So kann man kein gleiches Tempo finden.

Wir müssen uns also die Frage stellen, warum Hochschulen nicht selber festlegen können, wer bei ihnen studieren kann – auch ohne Abitur. Ist es nicht der liberalere Weg, den Hochschulen die Freiheit zu lassen, sich ihre zukünftigen Absolventen nach eigenen Kriterien auszusuchen? Denn wer beispielsweise Medizin studieren will, der muss heute schon zu einem großen Teil eine sehr gute Abiturnote

mitbringen, um überhaupt berücksichtigt zu werden. Zwar soll das NC-Verfahren teilweise abgeschafft werden, nachdem dieses System durch eine Klage eines Studenten erheblichen Schaden genommen hatte. Aber man sollte weiter, ja, neu denken. Wieso sollte nicht auch jemand mit einer mittleren Reife, der aber schon als Pfleger gearbeitet hat oder im Krankenhaus tätig war, einen Studienplatz für Medizin bekommen können? Wieso sollte nicht das Ehrenamt, das Engagement für die Gesellschaft und das Einsetzen für bestimmte studienrelevante Themen höher bewertet werden als eine bloße Note, die sich aus Schulaufgaben und Tests über Stoff zusammensetzen, den man im Zweifel nie wieder braucht? Medizin war hier nur ein Beispiel. Natürlich gilt das gleiche auch für BWL, Jura, Sinologie oder Soziologie. Denn der beste angehende Akademiker ist der, der Interesse am Fach hat, über den Tellerrand schauen möchte, sich mit der Fachliteratur beschäftigen will. Nicht der, der qua guter Note einen bestimmten Abschluss machen möchte, weil dieser gut im Lebenslauf aussieht.

Ich glaube, dass wir vor einer Entscheidung stehen. Wollen wir das Abitur als Hochschulzulassungsberechtigung behalten, dann muss das System reformiert werden. Ein nationaler Bildungsrat, wie ihn die Bildungsministerin fordert, aber schon heute an den starken Verbänden im Bildungsbereich scheitert, könnte Mindestanforderungen für das Abitur formulieren und Grundaufgaben für die Prüfungen herausgeben. Oder gleich ein Zentralabitur einführen, sodass echte Vergleichbarkeit herrschen könnte. Dabei müssen wir klar das anspruchsvollste Abitur als Maßstab nehmen, sodass Bremen, Berlin, aber auch Baden-Württemberg in ihren Lehrplänen nachziehen müssen. Das Abitur würde damit sogar aufgewertet werden.

Oder machen wir weiter so und schaffen das ganze Abitur als Zulassungsvoraussetzung einfach ab. Dann würden wir den Hochschulen mehr Freiheit lassen und eine Auswahl nach Anforderungen der Studiengänge vor Ort ermöglichen. Wie wir uns auch immer entscheiden — tun müssen wir etwas. Lasst uns damit heute anfangen!

Johannes A. Dallheimer ist Bundesvorsitzender der Liberalen Hochschulgruppen.

Dich interessiert die Hochschulpolitik? Dann mach' mit bei der LHG!

Die Liberalen Hochschulgruppen bringen den Liberalismus in die Studierendenvertretung deiner Hochschule. Dort kannst du den studentischen Alltag an der Uni selbst mitgestalten. In Baden-Württemberg gibt es derzeit 12 LHGs — bestimmt auch an deiner Universität. Also: gleich vorbeischauen!

Ein „Bürgerrecht auf Bildung“ in der Hochschule

Schon 1965 forderte der große liberale Denker Ralf Dahrendorf ein Bürgerrecht auf Bildung ein. Für mich klingt das heute aktueller denn je. Der Schlüssel zur „Chancengerechtigkeit“, das heute als politisches Schlagwort nur so umhergeworfen wird, ist meiner Meinung nach durch Bildung zu erreichen. Mit einem durchlässigen Bildungssystem sollten wir es jedem jungen Menschen aus unsere Gesellschaft ermöglichen, das Beste aus sich zu machen. Wir müssen allen jungen Menschen die Chance geben, als Freigeist ihr Leben selbstbestimmt und verantwortungsbewusst zu gestalten.

Vertiefter betrachten möchte ich als Landesvorsitzende der Liberalen Hochschulgruppen Baden-Württemberg unser Hochschulsystem. Das Studium soll als einer der besten Zeiten im Leben gelten. Damit sich dies bewahrheitet, muss jeder Studierende frei und kreativ sein Können entfalten. Es soll ihm möglich sein, sein Studium voll auszuschöpfen. Dies ist nur möglich, wenn gewisse Grundvoraussetzungen erfüllt sind. Das Problem, dass weniger Kinder aus bildungsfernen Schichten studieren, muss ebenso überwunden werden. Zum einen muss hierfür die frühkindliche Bildung verstärkt gefördert werden; zum anderen ist eine weltbeste schulische Bildung elementar. Beides ist jedoch eines eigenen Beitrags würdig.

Der wichtigste Grundpfeiler findet sich in der Hochschulautonomie. Wir müssen den Universitäten ihre Freiheiten gewähren, um Mut und Chancen verantwortungsbewusst in der Wissenschaft und der Lehre zu ermöglichen. Von diesem Standpunkt aus lässt sich einiges gestalten.

Die Autonomie sollte sich in der Entscheidung der Universitäten wiederfinden, welche Studierenden sie zulassen möchte. Gerecht erscheint es nicht, wenn der Zugang zu einem Studium einzig von der Abiturnote abhängig gemacht wird. Dies hat auch jüngst das Bundesverfassungsgericht festgestellt. Vorzugswürdig sind faire Aufnahmeverfahren der Universitäten.

Wir von der LHG sowie viele Studierende fordern mehr Seminare an den Universitäten, um in kleineren Gruppen intensiver zu arbeiten, bessere Online-Zugänge zu Literatur, eine 24-Stunden-Bibliothek, weniger Anwesenheitspflichten, gestreamte Vorlesungen und vieles mehr, was unsere Universitäten von morgen sein werden.

Um dies alles erfüllen zu können, werden die staatlichen Mittel nicht ausreichen, die auch jetzt schon zu knapp bemessen sind. Sind jedoch Studierende mit Studiengebühren während ihres Studiums konfrontiert, stellen diese für viele ein unüberwindbares Hindernis dar. Dies gibt den jungen Menschen ungleiche Startbedingungen und entspricht nicht dem Gedanken des Liberalismus. Deswegen brauchen wir nachgelagerte Studiengebühren, die nach Abschluss des Studiums einkommensabhängig gezahlt werden und auch direkt in den Haushalt der Universität fließen. Unsere Bildung ist etwas

wert, jedoch sollten wir niemanden durch Gebühren von einem Studium abhalten, sondern unserer nachfolgenden Generation etwas mitgeben.

Auf welche Weise sollten sich Studierende ihr Studium finanzieren? Für besonders begabte und engagierte Studierende bieten sich Stipendien an. Diese Stipendienlandschaft gilt es auszubauen. Wir müssen unsere schlausten Köpfe besser fördern. Damit investieren wir auch in die Zukunft aller.

Vielen wird das aber nicht ausreichen. Sie sind auf einen Nebenjob angewiesen, der äußerst bereichernd sein kann, oder müssen auf die Finanzierung durch ihre Eltern hoffen. Vielen Studierenden wird hier aber die Tür verschlossen. Aus diesem Grund ist das elternunabhängige BAföG ein unerlässliches Kriterium. Geldsorgen beeinträchtigen ein erfolgreiches Absolvieren des Studiums enorm.

Daneben bestehen verschiedene weitere Probleme, die ein Studierender als Päckchen mit sich trägt. In den vergangen Jahren ist die Inanspruchnahme von psychischen Beratungsstellen des Studierendwerks sehr gestiegen. Lassen wir uns gemeinsam diese Päckchen abwerfen. Dafür müssen wir die Sorgen weiterhin sehr ernst nehmen und das Beratungsangebot ausbauen. Dadurch können wir möglichen späteren tiefgreifenden Krankheiten des einzelnen Menschen frühzeitig entgegenwirken.

Auch sollte es kein Hindernis sein, Familie und Studium zu kombinieren. Noch immer finden sich Frauen seltener in der Wissenschaft wieder, obwohl sie oft diejenigen mit den besseren Abschlüssen sind. Um dies zu verhindern, müssen Anreize geschaffen werden durch Förder- und Mentorenprogramme, vermehrte Wohnheimplätze für Familien, Ausweitung der Kinderbetreuung, Unterstützung in der PostDoc-Phase und flexible Arbeitszeiten. Ohne diese Sorgen haben Studierende einen freieren Kopf und können sich im vielfältigen Angebot von Hochschulgruppen, Sport und Musik entfalten.

Der Austausch unter den Studierenden ist dann besonders groß, wenn sich die Universität die Internationalität auf die Fahne schreibt. Durch die Europäisierung und Globalisierung ist es unerlässlich, dass unsere modernen Universitäten bunt und facettenreich sind und wir gegenseitig von uns lernen. Beispielsweise hat das Erasmus-Programm schon zahlreiche Freundschaften, glückliche Pärchen und niedliche Babys hervorgebracht – was gibt es Schöneres?

Ich denke, durch die Erfüllung dieser Voraussetzungen wären einige Bausteine eines erfolgreichen Studiums gelegt. Geben wir den Studierenden das beste Fundament, um darauf ihr Studium aufzubauen und dieses selbstbestimmt zu absolvieren. Erfüllen wir das Bürgerrecht auf Bildung und investieren wir in die Tüftler und Denker von heute für morgen.

Kira Scholler ist Landesvorsitzende der Liberalen Hochschulgruppen Baden-Württemberg

Mut zu einer neuen Bildungspolitik

Rasante technologische Fortschritte verändern schon heute unser Lernen, Arbeiten und Leben. Wir können und wollen den Wandel nicht stoppen, sollten ihn aber aktiv gestalten. Mehr denn je müssen wir heute die Möglichkeiten für jede und jeden schaffen, in einer globalisierten und digitalisierten Welt teilzuhaben. Das Mondfahrtprojekt „Weltbeste Bildung für jeden“ ist Anspruch und Versprechen zugleich. Um die Raketen zu starten, brauchen wir drei Treibstoffe:

Digitale Kompetenzen Mit der Technik von gestern bereiten wir junge Menschen nicht auf die Welt von morgen vor. Mehr finanzielles Engagement für digitale Bildung ist längst überfällig. Dass die versprochenen Investitionen in die digitale Schule seit Jahren vertagt werden, zeugt von der Zukunftsunfähigkeit der Bundesregierung. Der Digitalpakt Schule ist bisher nicht mehr als eine Ankündigung. Wenn Dorothee Bär die Digitalisierung der Schule ernst meint, müssen Sofortinvestitionen in die technische Ausstattung in Höhe von 1.000 Euro pro Schülerin und Schüler die Antwort sein.

Schulbücher gegen Tablets einzutauschen ist kein Selbstzweck. Die beste Technik ist nur ein Werkzeug und wird die Rolle des Lehrers nicht ersetzen. Kompetenzen wie vernetztes Denken, IT-Kenntnisse und ein kritischer Umgang mit digitalen Medien werden in der Welt von morgen zur Kulturtechnik. Die Lehrerausund -weiterbildung braucht ein Update.

Soziale Aufstiegschancen Aufstieg durch eigene Leistung ist ein Kernversprechen der Sozialen Marktwirtschaft. Das setzt einen freien Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen Herkunft voraus, auch nach der Schule. Deshalb wird es Zeit für ein elternunabhängiges BAföG und einen Ausbau europäischer Bildungsprogramme wie Erasmus+.

Die Herausforderungen der Zukunft werden durch Hochschulabsolventen allein nicht zu lösen sein. Die berufliche Ausbildung ist eine gleichwertige Alternative zum Studium. Jede und jeder sollte den Weg wählen können, der am besten zu ihr oder ihm passt. Für individuelle Bildungswege braucht es mehr Flexibilität und Durchlässigkeit zwischen beiden Systemen. Mit einer Exzellenzinitiative für die berufliche Bildung sollten wir einen bundesweiten Wettbewerb um die besten Ideen in der Berufsbildung schaffen.

Mit der mehrjährigen Förderung sollen Vorhaben ausgezeichnet werden, die wegen ihrer Innovationskraft Leuchttürme für die Qualität beruflicher Ausbildung sind. Mehr Flexibilität schaffen wir durch Teilzeitausbildungen, eine bessere Anerkennung von Bildungsmodulen und (Teil-)Abschlüsse auf mehreren Qualifikationsstufen.

Neuordnung der Bildungspolitik Bildungsinhalte und Lehrpläne sind Aufgabe der Länder. Aber der Bund muss sich stärker als bisher in die Finanzierung von Bildungsangeboten einbringen, damit weltbeste Bildung gelingt.

5 Milliarden Euro für den Digitalpakt Schule können nur der Anfang sein. Bundesweit vergleichbare Schulabschlüsse und mehr Bildungsmobilität in Europa sollten in Zeiten der Globalisierung selbstverständlich sein. Nicht alles muss aber auf Landes- und Bundesebene geregelt werden. Wer die größten Innovationskräfte entfesseln will, sollte Lehrern, Eltern, Schülern und Schulträgern vor Ort mehr Entscheidungsfreiheit geben: Eine weitgehende Hoheit über Personal, Budgets und die Umsetzung der Lehrpläne. Die Ordnung bildungspolitischer Kompetenzen müssen wir grundlegend neu denken.

Dr. Jens Brandenburg MdB
ist Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Lust auf noch mehr Bildung? Komm' zum Landesarbeitskreis!

Weltbeste Bildung für unser Land — diesen Anspruch erhebt unsere Mutterpartei. Die Realität zeigt, dass in diesem Bereich viel Handlungsbedarf besteht. Unser Ziel ist eine hervorragende Bildung in allen Bereichen, von der frühkindlichen Erziehung bis hin zum lebenslangen Lernen.

Ihr seht die Schwachstellen in unserem Bildungssystem? Dann seid ihr beim Landesarbeitskreis Bildung genau richtig. Bringt eure Ideen für ein optimiertes und fortschrittliches Lernen ein und lasst uns gemeinsam für weltbeste Bildung in Baden-Württemberg kämpfen.

Mit folgenden Themen befasst sich der LAK Bildung bereits:

- Lehreranstellung während der Sommerferien zur Verhinderung massenhafter Entlassung und saisonal bedingter Arbeitslosigkeit
- Verpflichtung zur Anwendung des Orientierungsplans in der frühkindlichen Erziehung
- Digitalisierung von Prüfungsergebnissen für eine einfache Abrufbarkeit und fortschrittliche Dokumentation
- Die Einführung einer 24-Stunden-Bibliothek für Studierende, um einen uneingeschränkten Zugang zur Recherche zu gewährleisten
- Ein verpflichtendes Seminarfach für alle Schüler der Oberstufe als Vorbereitung für das wissenschaftliche Arbeiten an Universitäten

Wir freuen uns auf euch! Kommt vorbei und bringt eure Ideen im LAK Bildung ein!

Chancen und Risiken der Digitalisierung im Bereich der Bildung

Zum Thema Digitalisierung und Bildung wird derzeit viel gesprochen und es wird viel Geld investiert, obgleich es nach den vorliegenden Daten erstens deutliche Hinweise auf schädliche Auswirkungen digitaler Informationstechnik auf das Lernen in Bildungseinrichtungen gibt und die behaupteten positiven Auswirkungen („Chancen") nicht nachgewiesen sind. Betrachten wir ein Beispiel.

Amerikanische Wissenschaftler untersuchten die Auswirkungen von computergestütztem Unterricht bei 84 Schülern (im Alter von etwa 17 bis 18 Jahren) eines Kurses von 15 mal 2 Stunden Dauer *(Ravizza SM, Uitvlugt MG, Fenn KM: Logged In and Zoned Out: How Laptop Internet Use Relates to Classroom Learning. Psychological Science 2017, 28: 171-180)* auf die Ergebnisse einer schriftlichen Abschlussprüfung. Die Studenten konnten sich im Rahmen eines Kurses persönlich mit Benutzername und Passwort bei einem eigens dafür eingerichteten Proxy Server anmelden, und ihren Computer so wie immer im Unterricht verwenden. Aufgezeichnet und ausgewertet wurde der gesamte während des Unterrichts ablaufende Internet-Verkehr. Erfasst wurde die online verbrachte Zeit (nicht während der Pause, sondern nur während der Unterrichtszeit), getrennt nach auf den Kurs bezogenen Inhalten und nicht-unterrichtsbezogenen Inhalten, die Anzahl der entsprechenden http-Aufrufe und die Art der aufgerufenen URL, die im Hinblick auf die nicht-unterrichtsbezogenen Inhalte in sieben Kategorien klassifiziert wurden: Social Media (Facebook, Twitter), E-Mail, Chatten, Online Shopping (Amazon, eBay), Sport und Nachrichten, Video (YouTube, Netflix) und Videospiele. Für diese nicht-unterrichtsbezogenen Inhalte wurden im Durchschnitt 34% der Unterrichtszeit aufgewendet (d.h. vertrödelt).

Je größer diese Zeit war, desto schlechter schnitten die Studenten im Kurs ab (signifikanter negativer Zusammenhang). Kein Zusammenhang dagegen fand sich zwischen der kursbezogenen Computernutzungszeit und dem Lernerfolg. Die Autoren beenden die Diskussion ihrer Ergebnisse mit dem Satz: „Man kann diese Ergebnisse wie folgt interpretieren: Wäre digitale Informationstechnik ein Medikament gegen die ‚Krankheit Dummkeit', das man bei einer Gesundheitsbehörde (z.B. dem Bundesgesundheitsamt oder der US-amerikanischen FDA) zulassen wollte, dann würde die Behörde antworten, dass das Medikament keine Wirkung hat und die Krankheit sogar verschlimmert."

Hinzu kommen die bekannten Risiken und Nebenwirkungen digitaler Medien auf die Gesundheit, vor allem bei ihrer Anwendung in Kindheit und Jugend: Übergewicht, Diabetes, Bluthochdruck (drei bekannte Risikofaktoren für die wichtigsten Todesursachen Schlaganfall

und Herzinfarkt), Haltungsschäden, Kurzsichtigkeit (über 90% bei Kindern und Jugendlichen in Südkorea, dem Land mit der weltweit besten digitalen Infrastruktur und größten Smartphone-Produktion), Schlafstörungen (beim überwiegenden Teil aller Nutzer), Stress, und erhöhtes Risikoverhalten im Straßenverkehr (das Smartphone hat den Alkohol als Unfallursache Nummer 1 bei jungen Menschen abgelöst) und Geschlechtsverkehr (die Nutzung von geosozialen Dating Apps korreliert mit dem Auftreten von Geschlechtskrankheiten).

Zu diesen Risiken und Nebenwirkungen im körperlichen Bereich kommen solche im geistig-seelischen (psychischen) Bereich: Aggression, Angst, Ablenkung bzw. Störungen der Aufmerksamkeit und Beeinträchtigung von Lern- und Bildungsprozessen, Depression (einschließlich Suizidalität und vermehrter Suizide), Demenz, Sucht und Verminderung von Empathie und Lebenszufriedenheit.

Gesamtgesellschaftlich ist von Bedeutung, dass digitale Informationstechnik zu Einsamkeit und Anonymität, einer Verminderung der in der Natur verbrachten Zeit und des Bildungserfolgs, zu weniger Vertrauen, Solidarität und Privatheit, zur vermehrten Radikalisierung und Verbreitung von Unwahrheit sowie zur Gefährdung der Demokratie führen, wie durch neue und neueste Studien belegt ist.

Dass man angesichts dieser Faktenlage digitale Informationstechnik im großen Stil ohne jegliche Technikfolgenabschätzung mit hohen öffentlichen Investitionen und großem Nachdruck einführen will, ist ebenso unverständlich wie unverantwortlich. Die oft vorgebrachten Argumente, „das müsse jetzt einfach sein“ und „man werde nach der Einführung schon noch herausbekommen, wie man es richtig macht“, erscheinen lächerlich und können nur als Ausdruck einer erheblichen Lobbyarbeit verstanden werden. Der Digitalpakt Deutschland hat zur Folge, dass die Bildungshoheit der Länder mit Mitteln des Bundes an Firmen in Kalifornien weitergereicht wird. Deutschland riskiert seine Zukunft, wenn es die Bildung und die Gesundheit seiner nächsten Generation den Profitinteressen der reichsten Firmen der Welt – Apple, Google, Microsoft, Amazon, Facebook – überlässt. In Südkorea wird durch gesetzliche Regelungen versucht, junge Menschen vor den negativen Auswirkungen ihrer Smartphone-Nutzung zu schützen. Wann beginnen wir, darüber nachzudenken?

Prof. Dr. med Dr. phil. Manfred Spitzer ist Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie III am Universitätsklinikum Ulm

Ein Nachtrag zur letzten Ausgabe: Über Kommunalpolitik

Ich weiß noch genau, wie ich als Kind plötzlich im Killesbergpark nicht mehr Fahrrad oder Skateboard fahren durfte. Auffällig fand ich damals, dass zur gleichen Zeit am Park ein Altersheim für reiche alte Menschen gebaut wurde. Klar war: Die wollen uns Jungen einfach nicht hier im Park haben! Ob der Zusammenhang genauso stimmt, wage ich heute zu bezweifeln. Allerdings verstehe ich immer noch nicht, welchen Nutzen es haben soll, ein Verbot über das Cityroller-, Fahrrad- oder Skateboardfahren für Kinder im Park auszusprechen. Mit mir hat es damals vor allem eines gemacht: Ich habe angefangen darüber nachzudenken, welche Regeln und Gesetze Sinn ergeben und welche eben nicht. Das Verbot war für mich damals also sozusagen ein „Nudge“ vom Feinsten — nur eben mit Sicherheit nicht im Sinne des Erfinders. Denn es hat noch etwas mit mir gemacht: Ich wurde ein illegaler Fahrrad- und Skateboardfahrer!

Elias Moll ist Mitglied der Jungen Liberalen Stuttgart

Kommunalpolitik hat mich vielleicht ein Stück weit als Liberaler geprägt. Sicher ist, sie ist vor allem eines: emotional. In Stuttgart fordern die selben Menschen Fahrverbote für Autos, die gleichzeitig gegen den Ausbau des Schienennetzes demonstrieren. Na ja, wenigstens können die Kinder jetzt auf gut ausgebauten Fahrradwegen neben den Hauptverkehrsstraßen radeln, währen der Opa ihnen erzählt, wie es früher mit einem Löwen im Zirkus am Cannstatter Wasen war.

Aber es muss nicht immer alles so negativ sein, denn während der Opa und der Enkel an der Mercedesstraße auf den Wasen fahren, sehen sie kunstvoll und legal besprayte Wände in der Unterführung und der Enkel beginnt davon zu träumen, eines Tages auf dem Neckar auf der sogenannten „Neckarwelle“ zu surfen. Man sieht, wie emotional prägend kommunale Entscheidungen sein können. Wenn man genau darüber nachdenkt, ist die Kommunalpolitik der Teil der Politik, der am schnellsten und am unmittelbarsten den Bürger betrifft. Es macht für uns also aus dreierlei Gründen Sinn, uns mit Kommunalpolitik zu beschäftigen. Erstens spricht sie die Bürger sehr emotional an, was wir nutzen können, denn zweitens können wir hier sehr konkret unsere Haltung gegen Verbote und sinnlosen Aktionismus unter Beweis stellen. Drittens wird es sicherlich Spaß machen, mit eurem Kreisverband Kommunalpolitik zu betreiben und kreative Lösungen für Probleme zu finden, statt pauschal mit der Verbots- und Beformundungskeule zu wüten.

Einladung zum 74. Landeskongress am 6. und 7. Oktober in Tübingen

Liebe JuLis,

zum 74. Landeskongress der Jungen Liberalen Baden-Württemberg und unserem Workshop-Tag lade ich euch herzlich ein.

Wann?	**6. – 7. Oktober 2018**
Wo?	**Mensa des Kepler-Gymnasiums** **Uhlandstraße 30** **72072 Tübingen**

Anmelden könnt ihr euch bald auf unserer Website www.julis-bw.de.
Ich freue mich auf euch!

Beste Grüße,
Euer Landesvorsitzender Valentin

Workshoptag und Neumitgliederseminar

Am 6. Oktober finden vormittags **von 9-11 Uhr** verschiedene Workshops statt. Auch dieses Mal wird wieder eine große Bandbreite an Themen vertreten sein. Die Workshops werden geleitet von den LAK-Leitern, es wird dabei um die Antragsvorbereitung und die Erstellung von Änderungsanträgen gehen.

Die Workshops finden in der **Mensa des Kepler-Gymnasiums** (Uhlandstraße 30, 72072 Tübingen) statt. Zeitgleich findet im selben Gebäude ein **Neumitgliederseminar** statt. Alle Neumitglieder sind hierzu herzlich eingeladen, die JuLis und ihre Strukturen noch besser kennenzulernen.

Sitzung des erweiterten Landesvorstands

Der erweiterte Landesvorstand tagt am Vorabend des Landeskongresses am **5. Oktober um 20 Uhr,** in der Gaststätte „Herzog Ulrich“ (Ulrichstraße 11, 72072 Tübingen). Die Sitzungen des erweiterten Landesvorstandes sind mitgliederoffen, du bist also herzlich eingeladen zu kommen!

Tagesordnung zum Landeskongress

Samstag
Check-in ab 9:00 Uhr

11 Uhr Beginn des Kongresss
TOP 1 Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorsitzenden
TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit, Bericht der Wahlprüfungskommission
TOP 3 Wahl des Tagungspräsidiums, der Protokollanten und der Zählkommission
TOP 4 Genehmigung der Tagesordnung
TOP 5 Festlegung der Antragsreihenfolge
TOP 6 Grußworte
TOP 7 Satzungsänderungsanträge
TOP 8 Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden
TOP 9 Bericht der Ombudsperson
TOP 10 Aussprache
TOP 11 Nachwahlen zum Landesvorstand
TOP 12 Antragsberatung (bis ca. 18:00 Uhr)
TOP 13 Podiumsdiskussion mit den Bewerbern um die Spitzenkandidatur der FDP Baden-Württemberg zur Europawahl

Unterbrechung des Kongresses gegen 19:30 Uhr

Sonntag

11 Uhr Fortsetzung des Kongresses
TOP 14 Wahl der Delegierten zum Bundeskongress
TOP 15 Wahl der Ersatzdelegierten zum Bundeskongress
TOP 16 Fortsetzung der Antragsberatung
TOP 17 Schlusswort des Landesvorsitzenden

Ende des Kongresses gegen 15:00 Uhr

Von der Juliette nicht genug bekommen? Du kannst sie mitgestalten!

Wer schon einmal einen Artikel für die Juliette oder ein anderes Heft geschrieben hat, weiß, dass es wenig erfüllendere Dinge gibt, als seine Gedanken gedruckt auf Papier zu sehen. Die eigene Vision zu sehen, wie sie zu Realität wird.

Zum Landeskongress in Tübingen suchen wir eine neue Beisitzerin oder einen neuen Beisitzer für Publikation, die oder der genau daran Freude hat. Du hast Interesse hieran?

Dann lass mich kurz auf dein potentielles Tätigkeitsfeld eingehen. Als Beisitzer*in für Publikation entwickelst du neue Ideen, die unser allseits geliebtes Mitgliedermagazin kontinuierlich weiterentwickeln. Du planst die thematische Ausrichtung der kommenden Ausgaben und kontaktierst Autor*innen. Weil du dich mit Designprogrammen wie Adobe InDesign oder Illustrator auskennst, kannst du aus unformatierten Texten ein stylisches Magazin machen. Zwischen den Ausgaben koordinierst du mit dem restlichen Landesvorstand unseren monatlichen E-Mail-Newsletter.

Klingt alles etwas viel? Wie alles im Landesvorstand ist auch die Juliette idealerweise Teamwork. Zwar gibt es nur einen Beisitzerposten zu vergeben, aber ganz ähnlich wie bei den „richtigen“ Redaktionen kann man sich bei uns auch gerne als Freelancer betätigen und seine Kompetenzen ganz unkompliziert einbringen.

Wenn du neugierig geworden bist, melde dich bei unserem Landesvorsitzenden Valentin unter abel@julis-bw.de — er steht für all deine Fragen zur Verfügung.

Satzungsänderungsanträge zum Landeskongress

Stellung der Landesarbeitskreisleiter im Erweiterten Landesvorstand

Antragsteller: Landesvorstand.

Der Landeskongress wolle beschließen:

Die Satzung der Jungen Liberalen Baden-Württemberg wird wie folgt geändert:

- Füge ein in § 19 Abs. 3, nach „die Mitglieder des Landesvorstands,“:
  „die Leiter der Landesarbeitskreise“
- Füge ein in § 19 Abs. 8 S. 2, nach „die Mitglieder des Erweiterten Landesvorstandes“:
  „die Leiter der Landesarbeitskreise“

Einreichung und Bekanntmachung von Satzungänderungsanträgen

Antragsteller: Landesvorstand.

Der Landeskongress wolle beschließen:

Ersetze § 27 Abs. 2 der Landessatzung durch:

> *„Ein Antrag auf Satzungsänderung muss fünf Wochen vor dem Landeskongress beim Landesverband in Textform eingegangen sein. Der Wortlaut der beantragten Änderung muss den Delegierten zwei Wochen vor dem Landeskongress zugehen, hierzu genügt die Textform.“*

Voraussetzungen für den Ausschluss von Mitgliedern wegen säumiger Beitragszahlungen

Antragsteller: Landesvorstand.

Der Landeskongress wolle beschließen:

Ersetze § 8 Abs. 3 der Landessatzung durch:

> *„Der Landesvorstand kann ein Mitglied durch Beschluss ausschließen, wenn*
>
> *1. das Mitglied seiner Verpflichtung zur Zahlung von Mitgliedsbeiträgen für mindestens ein Jahr nicht nachgekommen ist und von der zuständigen Untergliederung mindestens zweimal unter angemessener Fristsetzung gemahnt worden ist, hierbei muss mindestens eine Mahnung die Schriftform erfüllen und auf die Folgen nicht erbrachter Beitragszahlungen hinweisen, oder*
>
> *2. der Zugang einer solchen Mahnung deshalb nicht möglich war, weil sie dem Mitglied unter den im Zentralen Mitgliederverwaltungssystem eingetragenen Daten nicht zugestellt werden konnte.“*

Die Begründung aller Satzungsänderungsanträge erfolgt mündlich.

Termine

06. – 07.10. | **74. Landeskongress**
Mensa des Kepler-Gymnasiums, Tübingen

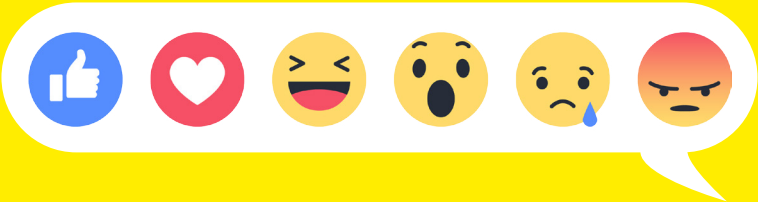
03. – 04.11. | **57. Bundeskongress**
Rheintal-Kongress-Zentrum, Bingen am Rhein

07. – 11.11. | **Berlinfahrt der JuLis Baden-Württemberg**
Berlin

24. – 25.11. | **Politisch-programmatisches Wochenende der Friedrich-Naumann-Stiftung**
Theodor-Heuss-Akademie, Gummersbach

07. – 09.12. | **Landesprogrammatisches Wochenende**
Gruppenhaus Pflug, Triberg

DEIN FEEDBACK



Wie hat dir die Juliette gefallen?
Was ist deine Reaktion auf das Heft?
Feedback kannst du jederzeit gerne an juliette@julis-bw.de schicken oder auf der Facebookseite der Juliette hinterlassen!

junge liberale
Baden-Württemberg